

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Julia Post

Abg. Melanie Huml

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Elena Roon

Abg. Anton Rittel

Abg. Doris Rauscher

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes
(Drs. 19/6575)**

- Zweite Lesung -

Es sind 29 Minuten vereinbart. Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat die Kollegin Julia Post für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Gesetzentwurf, der eigentlich längst überfällig ist; denn das bayerische Kitasystem läuft seit Jahren im Krisenmodus. Eltern warten auf Plätze, Fachkräfte arbeiten am Limit, und Träger stehen vor der Insolvenz. Und die Staatsregierung? – Sie redet seit Jahren von Reform, aber geliefert hat sie nichts, keinen Zeitplan, keinen Gesetzentwurf, keine Strukturreform. Es gibt nur Ankündigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das passt ins Bild dieser Staatsregierung: viel Inszenierung, wenig Substanz. Während Markus Söder den Menschen erklärt, sie sollten doch einfach mehr arbeiten, kümmert er sich nicht um die Infrastruktur, die genau das erst ermöglichen würde. Statt in Kitas zu investieren, hat die Staatsregierung Milliarden in Gießkannenprogramme gesteckt, und jetzt wundert man sich, dass das System knirscht.

Wir legen heute einen anderen Vorschlag vor, einen Gesetzentwurf, der das System wirklich verändert.

Erstens. Bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte: Heute müssen Kitaleitungen ihre Arbeit oft zwischen Tür und Angel und mit zwei Stunden Freistellung pro Woche erledigen. Das ist, als würde man einem Geschäftsführer sagen: Leiten Sie den Laden

doch einfach bitte nebenbei. – Wir sagen: Mindestens 20 Stunden Freistellung für Leitungsaufgaben, weil Verantwortung Zeit braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Ein kindgerechter Betreuungsschlüssel, weniger Kinder pro Fachkraft, mehr Zeit für Beziehung, Bildung und Förderung: Deshalb schlagen wir neue Gewichtungsfaktoren vor, mehr Personal für die Kleinsten und für Kinder mit besonderem Förderbedarf.

Drittens. Endlich eine tragfähige Finanzierung: Die Anhörung hier im Landtag hat deutlich gemacht, dass das System eine Betriebskostenförderung von 90 % braucht. Wir schlagen genau das vor, damit Kommunen und Träger nicht länger auf dem Zahnfleisch gehen.

Viertens. Mehr Zeit für pädagogische Arbeit: Dazu gehört eine feste Pauschale pro Kind für Vor- und Nachbereitungen, Elterngespräche und Fortbildungen, damit Fachkräfte sich nicht mehr zwischen Bildungsauftrag und Überstunden entscheiden müssen.

Fünftens. Eine klare Perspektive für Familien mit vier Stunden beitragsfreier Bildungszeit pro Tag, sozial gestaffelten Elternbeiträge und einer Kita, die wirklich Bildungs- und nicht nur Aufbewahrungsort ist.

Das sind die Basics für ein funktionierendes System. Die Prognosen bis 2031 gehen davon aus, dass der Personalbedarf insgesamt eher zurückgeht, mit Ausnahme des U3-Bereichs. Genau das heißt doch, dass jetzt das Zeitfenster da ist, um nicht nur Plätze zu zählen, sondern endlich die Qualität zu verbessern. Wenn sich der Druck beim zahlenmäßigen Ausbau absehbar entspannt, ist das der richtige Moment, um bessere Personalschlüssel, bessere Arbeitsbedingungen und damit bessere Bildung für die Kinder zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Gesetz nutzt genau dieses Zeitfenster, und deshalb ist es jetzt richtig und notwendig.

Familienpolitik darf kein PR-Projekt sein, sie muss ein Infrastrukturprojekt sein. Familienpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Kitas sind keine Sozialleistungen, sie sind Standortfaktor. Jeder fehlende Betreuungsplatz bedeutet weniger Arbeitsstunden, weniger Fachkräfte, weniger Wachstum. Während überall über den Fachkräftemangel geklagt wird, bleibt das größte ungenutzte Fachkräftepotenzial weiterhin auf der Strecke: Frauen, die mehr arbeiten wollen, aber keine verlässliche Betreuung für ihr Kind finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer über Produktivität spricht, muss über Kitas sprechen. Wer über Wachstum spricht, muss über Care-Infrastruktur sprechen. Eine moderne Wirtschaftspolitik investiert nicht nur in Straßen, Schienen und Glasfaser, sondern auch in die Infrastruktur, die Arbeit überhaupt erst möglich macht.

Genau deshalb ist unser Gesetzentwurf kein sozialpolitischer Wunschzettel, sondern ein wirtschaftspolitisches Strukturprogramm für Bayern. Wir legen heute ein Angebot für ein System vor, das nicht von Wahltermin zu Wahltermin denkt, sondern in Generationen. Genau das fehlt dieser Staatsregierung: ein Plan, der länger hält als bis zur nächsten Schlagzeile. Wir wollen eine Politik, die Wirkung über Aufmerksamkeit stellt, Struktur über Show und Verlässlichkeit über kurzfristige Applausmomente; denn wer Familien stärken will, muss in Kitas investieren und nicht in Pressekonferenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion.

Melanie Huml (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren! Kinderbetreuung ist kein ideologisches Spielfeld. Kinderbetreuung ist eines der sensibelsten Politikfelder überhaupt; denn es betrifft nicht nur die Kinder in einer gerade für sie

sehr prägenden Lebensphase, sondern es betrifft auch die Eltern im Alltag, weil es bei der Kinderbetreuung auch immer darum geht: Wie kann ich meinen Alltag gestalten? Wie schaffen wir es, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen? Deswegen ist Kinderbetreuung für die Familien immens wichtig. Deswegen brauchen wir hierfür enorm gute Lösungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gleichzeitig fordert die Kinderbetreuung auch die Kommunen – das ist eine kommunale Aufgabe – und die Träger. Das heißt: Wir brauchen auch für die Finanzierung wirklich klare Strukturen. Die Kinderbetreuung – ich habe es schon gesagt – ist für die Kinder so wichtig, weil sie die Kinder bildet, sie prägt und ihnen soziale Kontakte ermöglicht. Das ist eine ganz wichtige, prägende Phase für die Kinder. Gleichzeitig ist es organisatorisch und finanziell natürlich eine supergroße Herausforderung für Kommunen, Träger und auch den Freistaat. In meinen Augen ist unstrittig, und das ist auch bei uns im Ausschuss schon viel diskutiert worden: Das BayKiBiG muss kontinuierlich weiterentwickelt werden. Da sind wir auch dran.

Ja, wir brauchen optimale Rahmenbedingungen für unsere Kitas: mehr Qualität, mehr Entlastung, mehr Verlässlichkeit; aber genauso klar, wie ich das hier anspreche, ist für uns auch klar, dass der vorliegende Gesetzentwurf der GRÜNEN genau dieses Ziel nicht erreicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bevor ich darauf eingehe, wo wir die Schwächen des Gesetzentwurfs sehen – ich habe hier in der Ersten Lesung schon das eine oder andere angesprochen –, möchte ich aber auch noch einmal sagen: Allein der Vorwurf, dass in der Kinderbetreuung nichts passieren würde, ist so nicht richtig; denn ab 2026 erhöhen wir die staatliche Betriebskostenförderung einseitig von staatlicher Seite – die Kommunen müssen nicht mehr zahlen – um 10 %. Das sind zusätzlich 280 Millionen Euro pro Jahr, und die fließen direkt ins System. Die fließen dahin, wo sie, wie wir von den Trägern und Kom-

munen gehört haben, am dringendsten notwendig sind. Die erste erhöhte Abschlagszahlung erfolgt bereits am 15. Februar 2026, automatisch und unbürokratisch. Das heißt: In fünf Tagen fließt das erste Geld an die Träger vor Ort und an die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Investitionen summieren sich bis 2030 auf mehrere Milliarden Euro, die in die Refinanzierung der Kindertagesbetreuung fließen, und auch strukturell wird sich mit der Aufstockung der Teamkräfteförderung bis 2029 auf über 15.000 Stellen auch in diesem Bereich wirklich etliches tun. Wir wollen gezielt entbürokratisieren und eine Vereinfachung des Fördersystems erreichen, und das alles im engen Dialog mit der Praxis. Das ist das, was wir schon auf den Weg gebracht haben oder genau dabei sind.

Kommen wir aber zurück auf das Gesetz. Liebe Kollegin Post, erst einmal finde ich es echt super, dass die GRÜNEN sich da Gedanken gemacht und das auch entsprechend zu Papier gebracht haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das machen wir immer!)

Aber es ist noch einiges Unausgegrenztes dabei, weil Sie bei dieser umfassenden Neustrukturierung des BayKiBiG von einer staatlichen Refinanzierung von 100 % ausgehen, und zwar für vier Stunden, und von 90 %, wenn man mehr Stunden bucht. Es geht um einen einheitlichen Basiswert, eine bayernweit verbindliche Gebührensatzung, ein neues Fachgremium, eine verpflichtende jährliche Befragung und auch externe Audits. Das klingt auf den ersten Blick erst einmal ganz spannend und ganz interessant; aber wenn man es sich noch einmal genauer anschaut, sieht man, vieles ist schlichtweg nicht durchgerechnet. Für uns ist es ganz schwierig, dann zu sagen, wir können da mitgehen, wenn wir nicht einmal wissen, welche Kosten auf uns zukommen. Dann ist auch noch die Frage: Ist es praxistauglich? Und ist es auch wirklich rechtlich umsetzbar?

(Beifall bei der CSU)

Ich schaue jetzt beim Basiswert noch einmal hin: Das ist eines der Schlagworte. Bei den fachlichen Prüfungen, die uns vorliegen, kommt man übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die vorgeschlagene Berechnung methodisch nach wie vor unklar und rechnerisch offen ist. Das ist es doch, was jeder Träger vor Ort dann wissen will: Was kriegt er denn? Und jeder Finanzminister will wissen: Was muss ich denn dafür ausgeben? Das heißt: Wenn dieser Gesetzentwurf aber nicht klar ist und die Vielfalt, auch in den unterschiedlichsten Trägerstrukturen, Konzepten und regionalen Kostenlagen, nicht adäquat abbildet, dann ist er aus unserer Sicht für dieses System, das sehr heterogen ist, nicht belastbar. Wir brauchen dafür eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage. Die bietet uns das Gesetz momentan nicht.

Ein zweiter Punkt, der uns große Sorge bereitet, ist: Der Gesetzentwurf sieht auch eine sehr hohe staatliche Refinanzierung vor. Ja, wir sind bereit, in unsere Strukturen der Kindertagesstätten zu investieren. Das tun wir auch, indem wir bei uns im Moment um 10 % aufstocken. Gleichzeitig aber 100 % zu übernehmen, das ist schon echt ein Wort für eine kommunale Aufgabe. Von daher ist für uns auch wichtig: Wir gehen hier nach Schätzungen von jährlichen Mehrkosten von bis zu 7 Milliarden Euro aus. Bei all dem, was wir gerne dort investieren, ist das eine Summe, die wir im Moment für nicht darstellbar halten. Deswegen können wir in dem Fall nicht mitgehen.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Regelungen der Elternbeiträge werfen weiterhin Fragen auf. Eine bayernweit einheitliche Gebührenordnung soll eingeführt werden, und die Ausgestaltung soll einem noch zu schaffenden Fachgremium obliegen. Das heißt: Wir haben dann, wahrscheinlich hier in München, ein Gremium sitzen, das vor Ort sagt, was in Forchheim für den Kindergartenplatz zu zahlen ist. Das ist aber möglicherweise eine andere Summe als die, die wir bisher in Augsburg haben. Dadurch haben wir im Moment eine

von Ort zu Ort verschiedene, heterogene Lage, die sich vor Ort erklären lässt, aber es lässt sich nicht erklären, wenn wir versuchen, einen einheitlichen Wert herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU)

Dann können die Regelungen – so wie wir das sehen – im Moment noch zu unterschiedlichen Beitragsbelastungen innerhalb derselben Einrichtung führen. Das wiederum könnte zu einem Zwei-Klassen-Modell in der Kita führen. Das erscheint uns an der Stelle auch nicht ganz gut und möglich.

Wir hören immer: Wir brauchen weniger Bürokratie. Dann führen wir dazu wiederum neue jährliche Befragungen und externe Audits ein. Ich verstehe: Wir wollen auch wissen, wie die Qualität ist. Das ist keine Frage. Wir wehren uns auch nicht dagegen, dass man die Kindergärten befragt; aber für uns ist es ein Problem, dass dadurch Bürokratie entsteht. Die Kindergärten sagen uns, sie haben jetzt gerade mit den Sprachstandserhebungen echt gut zu tun und wollen nicht erneut belastet werden. Deswegen wollen wir keine zusätzlichen Pflichtformate. Gerade für kleinere Träger und Elterninitiativen ist das wirklich zusätzliche Bürokratie.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir sind d'accord, dass wir mehr Qualität und möglichst kleine Teams und Gruppen haben wollen. Es ist keine Frage, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen wollen, wenn es Möglichkeiten zur Verbesserung gibt. Aber das, was wir hier im Gesetzentwurf lesen, ist für uns in der Praxis nicht umsetzbar. Deswegen werden wir ihn ablehnen. Das eine oder andere, das uns gemeinsam in den Diskussionen immer wieder auffällt, kann man vielleicht einmal da oder dort weiterentwickeln. Den Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion Frau Kollegin Elena Roon.

(Beifall bei der AfD)

Elena Roon (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen! Wir diskutieren heute in der Zweiten Lesung einen Gesetzentwurf, der zweifellos mit guten Absichten eingebracht wurde, nämlich mit dem Ziel, die Kinderbetreuung in Bayern zu verbessern und die Eltern vor ausufernden Kosten zu schützen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Sicherlich wäre eine kostenlose Kinderbetreuung nach der Streichung des Familien- und Krippengelds tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung. Der Punkt ist aber, dass Sie sich endlich einmal entscheiden müssen: Sie wollen das Klima retten, Kohlekraftwerke abschaffen, Elektroautos oder Wind- und Solaranlagen fördern, selbst wenn diese noch nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Gleichzeitig befürworten Sie Sozialleistungen nach dem Motto "Kein Mensch ist illegal" und deren Ausweitung auf das Äußerste.

(Johannes Becher (GRÜNE): Was hat das genau mit unserem Gesetzentwurf zu tun?)

Auch wenn die meisten von Ihnen, liebe GRÜNEN, aus gutbürgerlichem Haus kommen und denken, Geld wächst auf den Bäumen, sage ich Ihnen: So ist es nicht. Irgendwann ist der Topf einfach leer. Das gilt genauso für die Kinderbetreuung. Viele Einrichtungen arbeiten längst am Limit. Die Fachkräfte stehen unter enormem Druck, und die finanziellen Spielräume werden immer enger. Ihr vermeintliches Patentrezept, zusätzlich Assistenten oder Ergänzungskräfte einzustellen, stößt schnell an seine Grenzen; denn die Mittel im Topf für Personalkosten sind so gut wie aufgebraucht.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum nachvollziehbar, dass Sie nun ein Gesetz fordern, dessen Kosten in keinem Verhältnis zu einer seriösen Haushaltspolitik stehen. Unser Landesbetreuungsgeld wäre eine gute Alternative gewesen. Es hätte das Kitasystem spürbar entlastet, den Eltern Wertschätzung entgegengebracht, für Wahlfreiheit gesorgt und gleichzeitig – durch die Einbindung der Großeltern – noch die Altersarmut bekämpft. Aber für schnelle und leichte Lösungen sind Sie nicht zu haben. Für die

CSU war dies etwas von gestern, und die SPD hat den Entwurf anscheinend gar nicht gelesen.

Mich hat besonders gestört, dass keiner von Ihnen die Folgekosten der Migration auf dem Schirm hat: Innerhalb kürzester Zeit müssen immer mehr Kinder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf betreut werden. Das Kitasystem wuchs notgedrungen schneller als das dafür erforderliche Personal und die dafür notwendige Infrastruktur. Ähnlich sieht es an unseren Schulen aus. Natürlich müssen wir über die Anpassung des BayKiBiG diskutieren, da frühkindliche Bildung sehr wichtig ist. Aber unsere Staatsregierung ist offensichtlich schon am Thema dran. Wir können nur gespannt hoffen. Wir brauchen echte Entlastung, und diese ist viel weniger komplex, als Sie annehmen.

Wir brauchen endlich ein Ende der derzeitigen Migrationspolitik.

(Johannes Becher (GRÜNE): Und wieder dieselbe Lösung! Das ist immer dieselbe Leier!)

Ich frage Sie, liebe Kollegen: Wo bleibt die angekündigte Wende? In zehn Jahren sind die Ausgaben des Bundes um fast 70 % gestiegen, die Einnahmen haben aber nur um rund 40 % zugenommen. Das passt nicht zusammen, und während Ihre Kollegen im Bund das Geld ausgeben, das sie nicht haben, laden Sie hier unseren Kindern und Enkeln auch noch ein Schuldenpaket auf, das sie mit Zins und Zinseszins abzahlen müssen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Worüber man doch alles reden kann bei diesem Gesetzentwurf!)

Liebe GRÜNE, gerne können wir über kostenlose Kinderbetreuung und sogar über eine bessere Betriebskostenförderung inklusive eines besseren Betreuungsschlüssels reden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Milliarden an Steuergeldern, die Sie für Migration, Klima und Krieg ausgeben, hierbleiben und unseren Leuten zugutekommen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREI-EN WÄHLER Herr Kollege Anton Rittel. Bitte schön.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute findet die Zweite Lesung des Gesetzentwurfs zum BayKiBiG statt. Kinderbetreuung ist uns wichtig. Ich glaube, sie ist uns allen wichtig. Darüber sind wir uns einig. Noch wichtiger ist die frühkindliche Bildung, die im Kindergarten ebenfalls stattfindet. Ich glaube, es gibt nichts Ungerechteres als Ungleichheit in der frühkindlichen Bildung der Kinder, weil sich dies auf deren Startchancen auswirkt. Darum müssen wir zu einer guten, ausreichenden frühkindlichen Bildung beitragen. Und ich glaube, diesen Beitrag leistet die Bayerische Staatsregierung.

Durch die Umschichtung von Familienstartgeld und Krippengeld stehen ungefähr 790 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, die zusätzlich in das System gegeben werden, um die Qualität zu verbessern. Bis zum Jahr 2030 wird es sich um einen Betrag von 3 Milliarden Euro handeln, der zur Qualitätssicherung aufgewendet wird.

Zwischen der Ersten und der Zweiten Lesung gibt es normalerweise keine neuen Erkenntnisse mehr. Trotzdem scheint dies der Fall zu sein: Ich habe mich mit vielen Familien, Kommunen und Trägern unterhalten, und sie haben gesagt: Bitte schaut, dass das so durchkommt. Bitte schaut, dass dieses Geld in das System gegeben wird und nicht mehr per Gießkannenprinzip verteilt wird. – Genau das machen wir, und darum wird es eine Verbesserung in der Kinderbetreuung geben.

Die Verantwortung muss trotzdem bei den Eltern bleiben. Wenn etwas nichts kostet, ist es vielleicht auch nichts wert. Das muss man sich immer vor Augen halten. Wenn ich in den Gesprächen höre, in Berlin gebe es ja auch eine kostenlose Kinderbetreuung, dann muss ich mich schon fragen, ob diese Qualität ausreichend ist und ob wir mit dieser Qualität in Berlin zufrieden wären. In Berlin bekommen sie einiges nicht mehr auf die Reihe. Dort fehlt es hinten und vorne. In Berlin gibt es die größte Kinder-

armut. Wenn die Kinderbetreuung kostenlos ist, bedeutet dies anscheinend nicht, dass es sich um gute Bildung handelt.

Wir finanzieren die Kindergartenbeiträge in Berlin mit unserem Länderfinanzausgleich, dessen Hauptempfänger Berlin ist. Ich glaube, Berlin sollte sich eher an unserem System orientieren, bevor wir den Berlinern etwas nachmachen. Darum lehnen wir diesen Gesetzentwurf ganz klar ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort. Bitte.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder scheinen sich alle eigentlich einig zu sein: Der Fachkräftemangel ist dramatisch, die Finanzierung ist unzureichend, die Kinder sind besonders wichtig. Wieder hören wir viele schöne Worte der Mehrheitsfraktionen, aber wiederum keine handfesten Vorschläge für Verbesserungen. Wieder stellen Sie hier im Plenarsaal den hohen Wert der Kindertagesbetreuung in den Fokus. Nur frage ich mich: Wenn die CSU und die FREIEN WÄHLER das alles wissen, warum handeln Sie dann nicht? –

(Michael Hofmann (CSU): Haben Sie Frau Kollegin Huml nicht zugehört?)

– Moment, Herr Kollege, jetzt bin ich dran.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, aber Sie hätten vorhin zuhören sollen!)

Liebe Abgeordnete hier im Hohen Hause, wer gewählt wird, um Verantwortung zu übernehmen, darf aus meiner und unserer Sicht nicht darauf warten, dass die Staatsregierung vielleicht nach vielen Monaten einmal einen Vorschlag macht. Darauf warten wir noch immer. Ich erwarte vielmehr echtes Handlungsgeschick vonseiten der CSU und der FREIEN WÄHLER; denn vonseiten der Staatsregierung kommt im Moment

nicht mehr als Ankündigungen, Eckpunkte, leere Versprechen und leere Worte. Das ist wirklich traurig.

Die GRÜNEN haben sich immerhin getraut und einen Gesetzentwurf mit Verbesserungsideen eingebracht. Das muss man ihnen lassen. Einige der Vorschläge der GRÜNEN decken sich auch mit Forderungen der SPD-Landtagsfraktion, für die wir uns seit Jahren einsetzen: die Erhöhung der Grundfinanzierung auf 90 % der Gesamtkosten, endlich die geregelte Leitungsfreistellung, die Refinanzierung von Vor- und Nachbereitungszeiten für pädagogische Fachkräfte, die Anhebung der Gewichtungsfaktoren und die bessere Einsetzung multiprofessioneller Teams. Wir unterscheiden uns aber bei Fragen der Gebührenfreiheit. Diesbezüglich geht die SPD einen Schritt weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wir wollen die Gebührenfreiheit für alle Kinder, nicht nur für ein paar Stunden. Nur so kann wirkliche Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder entstehen, weil der Zugang zur Kita dann nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Herr Kollege Rittel, auch die Schule kostet nichts und ist trotzdem etwas wert. Ich kann den Spruch "Was nichts kostet, ist nichts wert" einfach nicht mehr hören. Den sollten Sie wirklich einmal zu Hause lassen.

Das von den GRÜNEN vorgelegte Konzept der gestaffelten Finanzierung schafft mehr Bürokratie und wirft mehr Fragen auf, als es Antworten geben konnte. Das war leider auch im Fachausschuss der Fall, wo Sie unsere Fragen nicht beantworten konnten. Sie konnten auch nicht schlüssig erklären, wo die großen Neuerungen bezüglich der Mitbestimmung in den Kitas liegen. Frau Kollegin Post, es ist schon jetzt gesetzlich geregelt, dass eine jährliche Elternbefragung stattfinden muss. Das ist Fördervoraussetzung, das ist Qualitätssicherung. Vielleicht sollten Sie sich noch einmal in den Einrichtungen umhören. Bezüglich Ihres Vorschulkonzepts frage ich mich schon, was für ein Verständnis von frühkindlicher Bildung Sie haben. Sie sprechen von einem

Vorschulkonzept, das komplett übersieht, dass die gesamte Zeit vor der Schule, all die Kitajahre, von der Krippe bis zur Einschulung, die Zeit der Vorschule ist. Das ist übrigens auch im Bildungs- und Erziehungsplan so festgelegt. Wir brauchen diesbezüglich keine neuen Konzepte, sondern höchstens mehr Personal, das diese umsetzen kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Ihr Gesetzentwurf einige Fragen offenlässt. Ich hatte gehofft, dass im Zuge der Fachdebatte im Sozialausschuss offene Fragen beantwortet werden. Auch zu Ihrer vollkommenen Umkehr die alleinige Finanzierung durch den Freistaat betreffend muss ich sagen, dass wir da nicht mitgehen können. Insgesamt weist Ihr Gesetzentwurf leider große Schwächen auf. Deshalb können wir nicht zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6575 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.